

Abschied mit Wau-Effekt

Die Soldaten stehen vor ihrem Abschieden aus der Volksbefreiungsarmee. Als sie sich in der ostchinesischen Millionenstadt Suqian zum militärischen Gruß aufstellen, sitzt auch der Hund der Einheit aufrecht. Mehr als zwei Millionen Soldaten gehören den chinesischen Streitkräften an. Präsident Xi Jinping hatte jüngst angekündigt, eine „Armee von Weltklasse“ aufstellen zu wollen, dafür sollen die Militärausgaben erhöht werden. Mehr Geld als China geben nur die USA für Verteidigung aus.



REUTERS

Analyse

Falschinformationskrieg

Die US-Rechten arbeiten mit neuen Mitteln daran, die etablierten Medien zu diskreditieren.

Er lässt sich gern als Investigativjournalist feiern, aber in Wahrheit ist James O’Keefe das Paradebeispiel eines rechten Aktivisten in der Ära Donald Trump. O’Keefe leitet das „Project Veritas“, eine vordergründig gemeinnützige Organisation, die daran arbeitet, ihre politischen Gegner zu diskreditieren. Dazu zählen vermehrt auch Journalisten. In dieser Woche ist der Krieg gegen die etablierten Medien noch eine Spur dreckiger geworden.

Am Dienstag kam heraus, dass eine von O’Keefes mutmaßlichen Aktivistinnen versuchte, der „Washington Post“ falsche Informationen über Roy Moore unterzujubeln. Moore ist Republikaner und Kandidat für die Senatswahl in Alabama; mehrere Frauen hatten jüngst in der „Washington Post“ berichtet, dass er ihnen nachgestellt habe, als sie selbst Teenager waren. Die Undercover-Aktivistin erzählte nun, Moore habe sie geschwängert. Sie sei 15 gewesen und

habe abgetrieben. Doch dann kam heraus: All das war erfunden in der Absicht, die Zeitung und ihre Berichterstattung zu diskreditieren.

Die Episode zeigt, wie skrupellos die Aktivisten aus dem rechten Spektrum sind. Zu den Protagonisten dieses Informationskrieges zählen auch Provokateure wie Mike Cernovich und Giftmischer wie Alex Jones von „Infowars“. Sie halten die etablierten Medien für parteiisch; mittels Desinformationen wollen sie das Vertrauen in die Presse schwächen und den Kulturkampf anheizen, den Trumps Ex-Berater Stephen Bannon gegen das mediale Establishment führt.

Der in Amerika grassierende Hass auf die Medien ist sogar ein gutes Geschäft. „Project Veritas“ sammelte voriges Jahr knapp fünf Millionen Dollar an Spenden. Es gibt viele konservative Unterstützer, die für fragwürdige bis illegale Methoden in diesem Kulturkampf Geld ausgeben. Christoph Scheuermann

Ruanda Flüchtlinge gegen Geld

Ruanda wird zur Anlaufstelle für Flüchtlinge, die anderswo nicht erwünscht sind. Nach schockierenden Filmaufnahmen, die zeigen, wie Migranten in Libyen als Sklaven verkauft werden, kündigte Ruanda nun Hilfe an und versprach, bis zu 30 000 Menschen aufzunehmen. In einem anderen Fall lässt sich das Land die Übernahme der Ungewollten sogar bezahlen.

So will Israel offenbar 5000 Dollar pro Flüchtling an Ru-

anda überweisen, wenn es einen Teil der 40 000 Menschen aufnimmt, die Israels Premier Benjamin Netanyahu abschieben will. Die meisten stammen aus Eritrea und dem Sudan. In Kürze könnte die Knesset die gesetzliche Grundlage für die Deportationen schaffen. Bei einem Besuch in Nairobi traf Netanyahu am Dienstag Ruandas Präsidenten Paul Kagame; dabei soll es auch um das Abkommen gegangen sein. Israel erkennt Asylanträge fast nie an; seit 2009 haben nur acht Eritreer und zwei Sudanesen ein Bleiberecht erhalten.

Der Deal sorgt für Kritik: Niemand könne kontrollieren, wie viele Menschen nach Ruanda gebracht würden und was dort mit ihnen geschehe, sagt eine Sprecherin des Uno-Flüchtlingshilfswerks in Tel Aviv. Bereits zwischen 2013 und 2017 sind 4000 Migranten aus Israel in Drittstaaten wie Ruanda ausgereist – offiziell freiwillig, aber zumeist, weil ihnen sonst die dauerhafte Inhaftierung in einem Lager in der Negev-Wüste gedroht hätte. Etliche wurden vor Ort zur Ausreise in andere Länder gezwungen. mho

Zentralafrikanische Republik „Religion ist nur vorgeschoben“

Imam **Oumar Kobine Layama**, Vorsitzender des Islamischen Rates in Zentralafrika, über den vergessenen Bürgerkrieg in seiner Heimat, der seit 2013 zur Flucht von fast einem Viertel der Bevölkerung geführt hat

SPIEGEL: Die Uno hat fast 13 000 Blauhelme in Ihrem Land stationiert. Warum geht der Bürgerkrieg trotzdem weiter?

Kobine Layama: Jetzt sollen sogar noch bis zu tausend weitere Blauhelme kommen, aus Brasilien. Das

wird aber auch nicht viel bringen. Die Uno-Truppen sind sehr schlecht koordiniert, es gibt keine einheitliche Führung. Die internationale Gemeinschaft sollte uns stattdessen helfen, wieder eigene Sicherheitskräfte aufzubauen.

SPIEGEL: Zusammen mit dem Erzbischof von Bangui setzen Sie sich für Frieden zwischen Muslimen und Christen ein. Handelt es sich denn um einen religiösen Konflikt?

Kobine Layama: Der Konflikt begann zwi-

schen muslimischen Milizen und christlichen Kämpfern. Die Religion ist aber nur vorgeschoben. In Wirklichkeit liefern sich Banditenbanden Gefechte, es geht um Macht, um den Handel mit Diamanten und mit anderen Rohstoffen. Derzeit sterben mehr Menschen bei Kämpfen zwischen zerstrittenen muslimischen Gruppen als bei Kämpfen zwischen den Religionsgemeinschaften.

SPIEGEL: Wie groß ist die Gefahr, dass sich Muslime radikalisieren und die Zentralafrikanische Republik zum Hort von Terroristen wird, so wie etwa Somalia?

Kobine Layama: Diese Möglichkeit besteht in der Tat. Der Islamismus beruht aber auf einem krassen Missverständnis des Glaubens. Wir setzen uns daher für einen Dialog ein und erklären, dass es im Islam um Toleranz und Barmherzigkeit geht.

SPIEGEL: Tausende wurden getötet, monströse Untaten verübt. Wie soll Ihr Land diese Traumata überwinden?

Kobine Layama: Die Regierung hat eine Versöhnungskommission beschlossen, Täter und Opfer sollen sich gegenüber treten. Auch über Entschädigungen soll verhandelt werden. jpu

Fußnote

34

von 71 FPÖ-Politikern in Österreich, die derzeit mit der ÖVP von Sebastian Kurz über eine Koalition verhandeln, waren oder sind Mitglieder von rechtsextremistischen Burschenschaften. Der öffentliche Protest fällt jedoch weit verhaltener aus als bei der ersten schwarz-blauen Koalition unter den Parteichefs Wolfgang Schüssel und Jörg Haider im Jahr 2000. Die Regierungsbildung soll bis Weihnachten abgeschlossen sein.



Uno-Soldat mit Geflohenen in der Zentralafrikanischen Republik